

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/155

Bonn, den 18. August 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Überflüssige Polemik</u> Zur Moskau-Reise sozialdemokratischer Politiker	50
2	<u>Brücke der Partnerschaft</u> Zum Besuch des indonesischen Außenministers Dr. Adam Malik Von Eberhard Dingels	37
3 - 4	<u>Hofintrigen ante portas?</u> Die Rolle der umstrittenen griechischen Ex-Königin Friederike in Spanien Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	66
<u>A N H A N G</u>		
1 - 4	<u>"Engagierter Pädagoge in Sachen Politik"</u> Günter Grass im Wahlkampf Von G. Markscheffel	210

### Überflüssige Polemik

#### Zur Moskaureise sozialdemokratischer Politiker

sp - In Ermangelung eigener sachlich fundierter Argumente nahmen einige Spitzenpolitiker der Unionsparteien die Moskaureise des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Helmut Schmidt und seiner Stellvertreter Alex Möller und Egon Franke zum Anlaß, auf sich selbst mit polemischen Bemerkungen aufmerksam zu machen. Das ist umso erstaunlicher, als im letzten Gespräch des Kressbronner-Kreises gegen die Moskaureise selbst keine Einwände erhoben wurden. Der Staatssekretär und Sprecher der Bundesregierung Diehl hat sie sogar als nützlich bezeichnet. Zuletzt mußte noch der Jahrestag der Invasion der Tschechoslowakei durch Truppen einiger Staaten des Warschauer Paktes herhalten, um die geplanten Gespräche mit sowjetischen Staatsmännern ins Zwielficht zu bringen. Helmut Schmidt hat darauf die nötige Antwort gegeben. Sie spricht für sich selbst. Hier liegt eine Stimmungsmache vor, ausgelöst von kleinlicher parteiegoistischen Motiven und losgelöst von übergeordneten nationalen Gesichtspunkten.

Es tut gut, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß im vergangenen Jahr der außenpolitische Experte der CDU, MdB Majonik, sich in Moskau aufhielt, jedoch nicht die richtigen Gesprächspartner fand. Das war sein Pech. Auch Bundesfinanzminister Franz-Josef Strauß, hat sich im Frühjahr dieses Jahres um eine Moskaureise bemüht, blieb aber darin erfolglos. Sogar Kiesinger versuchte vor Jahren auf recht eigenartige Weise mit sowjetischen Spitzenpolitikern in direkten Kontakt zu kommen. Es sei dahingestellt, weshalb diesen Bemühungen von Strauß und Kiesinger kein Erfolg beschieden war. Im Falle des Gelingens hätten sie die ungeteilte Zustimmung der Sozialdemokraten gefunden.

Hier kommen wir zum Kern der Sache. Reisen deutscher Politiker auch in die Hauptstädte des sowjetischen Machtbereiches sollten eigentlich ebenso wenig sensationel sein und zu den Selbstverständlichkeiten gehören, wie die Reisen in die Hauptstädte des Westens. Kein verantwortlicher deutscher Politiker darf sich der Pflicht entziehen, überall, wo es notwendig, geboten und nützlich erscheint, den deutschen Standpunkt mit Würde und Entschlossenheit zu vertreten. Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gibt es einander tief berührende Probleme, deren Lösung einer harten und beständigen Kärnerarbeit bedarf. Gewiß, von Anfangsgesprächen allein sind keine Wunderdinge zu erwarten. Wer sich da großen Erwartungen hingibt, verfällt Illusionen. Gesprächsbereitschaft aus dem Weg schlagen? Wer das im Sinne hat, leistet dem deutschen Volk keinen guten Dienst, versündigt sich an den nationalen Interessen unseres gespaltenen Landes.

Die Einladung zur Moskaureise an sozialdemokratische Politiker ist vom Präsidenten des Obersten Sowjets, Spiridonow, ausgegangen. Es gab über ihre Annahme im SPD-Präsidium überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten, es gab nur Schwierigkeiten wegen des Termins. Schmidt und seine Stellvertreter werden neben Spiridonow den stellvertretenden Ministerpräsidenten Poljanski, - Kossygin befindet sich im Urlaub - und den sowjetischen Außenminister Gromyko sprechen, Männer also, die schon ihr Gewicht in der sowjetischen Hierarchie haben. Allein die Klärung beiderseitiger Standpunkte im direkten Gespräch und die Erörterung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau auf vielen Ebenen ist von Nutzen. Jede an diese kommende Begegnung sich entfaltende Polemik ist höchst überflüssig, sie kann nur Schaden stiften. Übersehen das ihre Urheber?

Brücke der Partnerschaft

Zum Besuch des indonesischen Außenministers Dr. Adam Malik

Von Eberhard Dingels

Der indonesische Außenminister Dr. Adam Malik hat vor Beginn seiner offiziellen Besuche in mehreren afrikanischen Ländern für einige wenige Tage Station in Bonn gemacht; um "alte Freunde und gute Bekannte" wiederzusehen.

Die Gespräche, die der indonesische Gast mit führenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik geführt hat, darunter mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Willy Brandt, dem NRW-Ministerpräsidenten Heinz Kühn, und dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, SPD-Präsidiumsmitglied Alfred Nau, haben erneut bestätigt, wie außerordentlich fruchtbar der Beitrag sein kann, den die Bundesrepublik für die friedliche Zusammenarbeit mit den Ländern Südostasiens leisten kann. Hierbei kommt nicht nur den Formen der staatlichen Zusammenarbeit eine große Bedeutung bei, auch das Wirken einer privaten Institution wie der Friedrich-Ebert-Stiftung festigt die Bande der Freundschaft zwischen den Völkern und hilft mit, die für den Aufbau dieser Länder so notwendigen Sozialstrukturen zu festigen.

Wer heute die politische Karte Südostasiens genau betrachtet, weiß, welches Kraftfeld der internationalen Politik Indonesien darstellt. Seine große kulturelle Vergangenheit, das noch kaum angeführte wirtschaftliche Potential und die Entschlossenheit seiner Regierung, in kluger Einschätzung der Möglichkeiten des Landes, den Durchbruch nach vorn zu wagen, lassen große und positive Perspektiven für die Zukunft erkennen.

Umso wichtiger ist es, daß auch die Bundesrepublik ihren Anteil dazu beiträgt, an der Gestaltung der Zukunft eines solchen Landes mitzuwirken. Die partnerschaftliche Verbundenheit zwischen beiden Völkern ist eine solide und vertrauensvolle Grundlage für eine bessere Zusammenarbeit, die auch für uns alle ihre Früchte tragen wird.

Dr. Adam Malik weiß, daß echte Freunde gute Partner sind, und so gesehen, sind seine singens zitierten Worte Voraussetzung und Bestätigung unseres Mitwirkens an der friedlichen Zusammenarbeit in einem Gebiet der Welt, das, wie auch wir in Europa, nichts mehr braucht als den Frieden. Indonesiens Politik setzt hierzu deutliche Akzente, die auch in der Bundesrepublik ihr positives Echo gefunden haben.

+ + +

Hofintrigen ante portas?  
-----

Die Rolle der umstrittenen griechische Ex-Königin Friederike  
in Spanien

Von unserem HD-1 Korrespondenten in Madrid

Wenige Wochen nach der Proklamation des Bourbonen-Prinzen Juan Carlos zum königlichen Nachfolger Francos ziehen düstere Gewitterwolken am Horizont auf, während sich das spanische Regime bemüht, einen möglichen und allseits befürchteten Einfluß der "Griechen-Friederike" in Spanien energisch abzublocken. Die Regenbogenpresse aller Länder erhält genügend Stoff zu fährseligen Berichten, die Wirklichkeit bietet ein völlig anderes Bild, kräftig gezeichnet von Entwicklungen, die ein kommendes Unheil keineswegs ausschließen.

Die mit 51 Jahren noch immer attraktive griechische Königinmutter Friederike, wegen ihrer Funktion als "Jungmädelführerin" im Dritten Reich von ihren zahllosen Gegnern "Hitlerike" genannt, ruft in Spanien mehr Wetter auf den Plan als der sicherste Rennpferd-Tip im Madrider Hippodrom. Ihre Tochter Sophia hat alle Aussicht, in nicht zu ferner Zeit mit ihrem vor sieben Jahren angetrauten Gatten Juan Carlos von Bourbon den spanischen Thron zu besteigen, eine der langfristig vielleicht unbequemsten Sitzgelegenheiten Europas. Anderwärts werden Privilegien und Apanagen der Monarchen empfindlich beschnitten, in Spanien hingegen entsteht das "Königtum von Staatschef Francos Gnaden", wie sich ein geistreicher Spötter der Madrider "High Society" äußerte. Eine Monarchie mit betont autokratischen Zügen schaffte den günstigsten Nährboden für verhängnisvolle politische Manöver der verschiedensten Art. Friederikes Stern droht an Spaniens Polit-Himmel aufzusteigen und in der lebhaftesten Phantasie der Spanier mit seinem unheimlich kalten Glanz die barocke Glorie der Schöpfer des Madrider Regimes ins Reich der Schatten zu verbannen. Schon heißt es, Friederike entzweie durch gezielt verbreitete Äußerungen die einzelnen monarchistischen Interessen-Lobbies und Regimekräfte, um sie getrennt zu schlagen.

Naturgemäß richtet sich das öffentliche Interesse trotz Stillschweigens in den Massenmedien auf die in politischen Intrigen erfahrene und gegenwärtig ebenso "arbeitslose" wie tatendurstige Friederike,

von der eingefleischte Falangisten fürchten, sie würde selbst den schlauen "alten Fuchs" Franco aufs Kreuz legen. In Madrid geht der Slogan um, "Franco se va pronto" - "Franco geht bald". Seit langem kursieren Gerüchte, Friederike habe in ihrem römischen Luxus-Exil Schwiegersohn Juan Carlos alle Kniffe beigebracht, um das seit 1947 währende Tauziehen um den Königsthron zu seinen Gunsten zu entscheiden Spaniens Monarchisten wiegeln ab: "Dummes Geschwätz" - doch mangels echter Information aus erster Hand schwellen solche Gerüchte lawinenartig an; die Erfahrung lehrt zudem, daß die Fama meist Recht behält

Beliebtester Gegenstand des allgemeinen Rätselratens: trieb Friederike einen Keil zwischen Juan Carlos und seinen Vater Don Juan, der erst auf Betreiben Francos ausdrücklich auf seine Thronansprüche verzichtete? Existierte zu diesem Zweck eine zeitweilige Interessen-Koalition zwischen Franco und Friederike? Friederike, die Franco das Kompliment gemacht haben soll, er allein wäre in der Lage, Griechenland zu retten, soll - so will es der Volksmund - künftig ihre bisher häufigen Spanienbesuche auf einen Wink der Madrider Behörden einschränken. Angeblich spielte ihr Herz einen Streich: die ganze Diplomatenwelt munkelt von einer Romanze zwischen der umstrittenen griechischen Ex-Königin und einem in Madrid ansässigen verheirateten Diplomaten. Ob dieses Gerücht allein ausgestreut wurde, um befürchteten politischen Manövern der griechischen Königinmutter in duftenden spanischen Schloßgärten vorzubeugen, wissen nur die Kanzleibeamten der höchsten Regierungsbehörden. Mit Sicherheit liegt bei zuständiger Stelle ein detailliertes Dossier vor. Die diskreten Geheimnisträger, die mehr als jedwede gewöhnliche Sterbliche unterrichtet sind über Pläne, Absichten und Möglichkeiten der stets mit frostigem Charme lächelnden "europäischen Madame Nhu," schweigen wie das Grab.

Friederike, Europas "stählerne Rose," zerstörte innerlich die griechische Monarchie. Das ist nachzulesen in dem Dokumentarbuch "Athen brennt" von Basil P. Mathiopoulos. Spaniens Republikaner glauben, sie würde das gleiche auch in Spanien wiederholen. Informationsminister Fraga-Iribarne gibt sich skeptisch: schon mehrmals deutete er an, daß es in den Streitkräften Offiziere gebe, die die Ideale der griechischen Obristen teilen. Optimistische Prognosen für Spanien zu stellen, ist so oder so schlecht möglich.

"Engagierter Pädagoge in Sachen Politik"

Günter Grass im Wahlkampf

Von G. Markscheffel

Er paßt nicht in die Schablone eines "Wahlkämpfers", er will nicht Emotionen erzeugen, für ihn ist Politik kein Religionsersatz. "Revolutions- und Ordnungsgeschrei hemmen den Denkmechanismus" sagt er. Und: "Wenn sich in einer Demokratie politische Gegner als Feinde betrachten, beginnt die Demokratie schon abzudanken." - Das ist Günter Grass, bewunderter und umstrittener Schriftsteller, der Mann mit dem Kaschubert, den wachen, aber oft traurigen Augen, Günter Grass, engagierter Pädagoge in Sachen Politik.

Er wirbt für die SPD. "Ich bin nicht Parteimitglied, aber ich bin Sozialdemokrat. Ich bin dafür, daß diese große Reformpartei mit Tradition und Zukunftsvision endlich das in Deutschland verwirklichen kann, was andere versäumt haben."

Im VW-Bus, der gleichzeitig Ruhe- und Arbeitsplatz ist, begleitet von einem jungen Juristen als Fahrer, rollt Günter Grass durch die Bundesrepublik. Vorgangene Woche war er in Straubing, Weissenburg, Rühnbach und Erlangen. Drei Tage mit vier großen Veranstaltungen, zahlreichen Gesprächen, Pressekonferenzen, Unterhaltungen mit Betriebsräten und Studenten, mit der Jungen Union und der APO.

Antwort auf die bohrende Frage an den Schriftsteller: "Herr Grass, sind Sie nur Politiker oder Schriftsteller?"

"Ich bin ein politisch engagierter Schriftsteller. Dieses elegante Wort 'Engagement' heißt für mich ins Deutsche übersetzt, etwas tun, einer von mir als richtig anerkannten Sache zum Durchbruch zu verhelfen... und wenn es sein muß, bis zur Erschöpfung."

Grass geht in die Diaspora, dorthin, wo es die SPD am schwersten hat, wo es heute noch möglich ist, daß ein Sozialdemokrat über die Schultern angesehen wird. Dort ist Grass ein Eisbrecher. Alte Sozialdemokraten kommen aus dem Staunen nicht heraus, wenn sie erleben können, daß der größte Saal des Ortes zum Bersten voll wird, daß der "Herr Doktor" neben dem Kaufhausinhaber, begleitet von Frau und Kindern, sich schwitzend und grängelnd einen Sitzplatz in einer Gruppe von Arbeitern oder gar bei der härtigen APO erobert.

Viele bringen einen Romanband von Grass mit; sie wollen ein Autogramm und stehen bei 30 Grad Hitze sogar Schlange, um den Namenszug "Ihres Autoren" mit nach Hause nehmen zu können.

In einer Ecke des Saales hat sich die Junge Union gruppiert, nicht mehr ganz tauffrisch und ziemlich würdig. Zunächst überlegen lächelnd, das wohlvorbereitete "Fragematerial" griffbereit, lauschend und äugend,

zu sehen, ob "der da" einen Schnitzer macht, den man ihm dann in der Diskussion ankleiden kann.

"Tragen Sie den weiß-blauen Schlips, um hier in Bayern Eindruck zu schinden?" - Grass grinst vergnügt: "Wissen Sie, die Farben gefallen mir, die sind lustig. Und noch etwas: Meine Liebe zu Bayern, laß ich mir nicht nehmen, trotz Strauß und Jaeger."

Überhaupt die Junge Union. Sie steigt Günter Grass nach. In Weissenburg ist "ganz zufällig" am gleichen Tag, an dem Grass dort spricht, der Bezirksvorstand zu einer Sitzung zusammengetreten. Abends sind Vorsitzender, Stellvertreter und die Beisitzer in der Versammlung. Sie bilden, gemeinsam mit der örtlichen Prominenz der Jungen Union, einen geschlossenen Block, zeigen entschlossene Mienen und warten auf ihr Stichwort. Währung heißt es. Zettel in der Hand, honorig aussehend mit Schlipps und Kragen, fast Märtyrer im dunklen Anzug bei brütender Hitze, schliessen sich fünf, sechs vor ihnen auf Grass ein.

"Hat sich Professor Schiller nicht erst gegen die Aufwertung ausgesprochen?" - "Glauben Sie nicht, daß Bundeskanzler und Bundesfinanzminister durch die Abwertung des Franc in ihrer Haltung bestätigt wurden?" - "Ist die Hochschulpolitik in den von der SPD regierten Ländern nicht auch so schlecht wie...?" (Gelächter im Saal) - "Finden Sie es nicht demagogisch, die CDU/CSU mit der NPD in einem Atemzug zu nennen?"

Grass hört aufmerksam zu. Er horcht in die Jungunionler hinein, läßt sie den Kropf leeren, fühlt das Unbehagen der jungen Menschen, die auch wissen, daß es zwischen dem "Bayernkurier" des Franz Josef Strauß und der "Nationalzeitung" nicht zu überhörende Gleichklänge gibt. Seine Antworten sind sachlich; man spürt, Grass nimmt die Fragenden ernst; will ihnen begreiflich machen, daß auch hier die Schablone, das "vorbereitete Denken", in Fragen gekleidet, überholt ist.

"Ja, Schiller war gegen die Aufwertung, weil es im Spätherbst 1968 noch andere Mittel zum Währungsausgleich gab. Im Sommer 1969 war eine ganz andere Situation. Kein de Gaulle mehr, eine französische Regierung, die zu erkennen gibt, dass sie nicht trotzt. Es gab den Sachverstand fast aller namhafter Währungsexperten, die zur Sachentscheidung drängten. Dagegen steht und stand der Trotz des Kanzlers, der sich im Wort "n i e m a l s" verfangen hat." Und dann der Satz: "Währungsfragen sind kein Dogma, Währungsprobleme müssen so gelöst werden, wie es der jeweiligen Situation entspricht."

CDU/CSU/NPD? - "Warum regen Sie sich über meine Warnung vor dieser Verbindung auf? Am 5. März 1969 war die CDU/CSU bereit, gemeinsam mit der NPD den deutschnationalen Schröder zum Bundespräsidenten zu wählen."

"Ist die Erinnerung an das Straußwort vom "Superversailles", gesprochen im Zusammenhang mit dem Atomsperrvertrag, die Straußforderung nach einem mit Atomwaffen bestückten Europa, oder das Gerede vom "Deutschen Reich in den Grenzen von 1937" - ist das nicht auch die Sprache der NPD und der Jargon der Nationalzeitung? Kann die CDU/CSU die NPD politisch bekämpfen, wenn Kiesinger und von Hassel sie verniedlichen und Strauß sie rechts überholen will?"

Im Saal ist es still geworden, bedrückend lasten diese Hinweise von Grass auf die jüngste Vergangenheit in die Stille hinein. - Einer von der Jungen Union gibt sich einen Ruck, geht ans Mikrofon. Warten.

Was kommt, ein neuer Angriff?

"Herr Grass, ich darf Ihnen erklären, daß der Bezirksvorstand der Jungen Union heute den einstimmigen Beschluß gefaßt hat: Es gibt zwischen uns und der NPD keine Gemeinsamkeiten, wir werden zu diesem Beschluß stehen, auch in unserer Partei. Darauf können Sie sich verlassen."

Starker Beifall, Bravo-Rufe, der Bann ist gelöst. Und Grass: "Ich danke Ihnen für diese Erklärung, Ich hoffe mit Ihnen, daß Sie sich bei Ihren politischen Freunden durchsetzen können."

Spät in der Nacht, lange nach der Versammlung setzt Grass in einem Gasthaus das Gespräch mit der Jungen Union fort. Oft mit Spott gewürzt wird gefochten, mit Florett und Säbel. Meinungsverschiedenheiten bleiben, keiner räumt gern seine Position. Aber man hört auf das, was der andere sagt. Es wird angefangen, das Argument zu wägen. Zum Abschied heißt es: "Danke Herr Grass, wir haben doch etwas gelernt." Und Grass trocken: "Ich auch, gute Nacht."

Tags darauf, in Rüthenbach und Erlangen spricht Grass über die begrenzten Möglichkeiten in der Politik, Besonders in Erlangen. Der Saal ist so überfüllt, daß die Zwischengänge, die Bühne und die Treppen nicht ausreichen, um allen Zuhörern Einlaß zu gewähren.

Hier ist es die APO, die sich ganz offensichtlich vorgenommen hat, Grass aus dem Konzept zu bringen. Erlangens Polizei ist etwas nervös. Auch die NPD soll im Saal sein. Am Tage hatte Günter Grass schon einiges hinter sich gebracht. Eine Betriebsbesichtigung, die Versammlung und Diskussion in Rüthenbach, Gespräche mit Journalisten, Betriebsräten, ein hartes Interview mit einem Frankfurter Journalisten. Zum Abendessen war keine Zeit. In Erlangen mußte man sich durch die Menge der Zuhörer einen Weg bahnen, um überhaupt auf die Bühne zu kommen.

Als es beginnt, ist die Müdigkeit von Grass gewichen. Er spricht vom "langen Weg der Reformen", er erinnert an die Erfolge und die Niederlagen der traditionsreichsten deutschen Partei, der SPD, "ohne die es in Deutschland keinen Durchbruch zur Demokratie gegeben hätte." Er sagt, daß es keine hundertprozent lupenreine Partei gibt, daß er sich aber deshalb mit Gleichgesinnten entschlossen habe, der SPD im Wahlkampf zu helfen, "weil ich keine andere Partei in Deutschland sehe, die es so ernst mit ihrem Willen zur Reform, mit ihrem Willen zu einer Politik der Entspannung und der Friedenssicherung meint, wie diese Partei."

Es werden Sätze gesagt in diesen politischen Kollegs, die es wert sind, festgehalten zu werden.

"Nicht eine Wehrmacht, sondern die Demokratie soll die Schule der Nation sein." - "Die Lautsprecher des Irrationalismus jeder Schattierung wollen den Bürger daran hindern, selbständig zu denken." - "APO und NPD schaukeln sich gegenseitig hoch." - "Der handfeste Vulgärmarktismus der APO und die Forderung von Strauß nach einem atomwaffengeschickten Europa sind dasselbe." - "Seit Wilhelm II. bis heute gilt der Satz: Die Welt hat nicht vor, am deutschen Wesen zu genesen." - Die Wahl Steinemanns zum Bundespräsidenten hat bewiesen, daß die Vernunft auch in Deutschland eine Zukunft haben kann." - "Noch gefährlicher als die NPD selbst ist die zunehmende Nähe der CSU zur NPD." - "Ich werbe für die Sozialdemokratie, weil ich meine, daß in Deutschland gegen die geführ-

liche Politik des Alles oder Nichts endlich die Politik des Möglichen gesetzt werden muß." - "Der Erfolg der Mondlandung und die damit im Zusammenhang stehenden bewunderungswürdigen Leistungen der Wissenschaftler, Techniker und Astronauten sollten uns nicht blind machen für die Aufgaben auf dieser Erde." - Es läßt sich doch nicht leugnen, daß die Überwindung der Krise im Herbst 1966 und die wichtigsten nach vorwärtsweisenden Maßnahmen der Regierung auf sozialdemokratische Initiativen zurückzuführen sind." - "Niemand weiß, ob sich Kiesinger vor Strauß, Barzel, Schröder oder vor seiner eigenen Entschlußlosigkeit fürchten muß." - "Die Verharmlosung der NPD durch CDU/CSU-Politiker ist der Reflex einer noch immer nicht bewältigten Vergangenheit."

Die Zuhörer haben sehr bald begriffen, daß Günter Grass keine "Gags" anbietet. Er pflügt, reißt auf, sticht und leuchtet in trübe Ecken der deutschen Politik. Dabei schont er auch die SPD nicht, gibt zu erkennen, was er bei ihr geändert sehen möchte und sagt dann, den Vorbehalt eines Fragenden entwaffnend: "Ich stand vor der Wahl, beim kritischen Nein zu bleiben, oder Männer wie Brandt, Schiller, Leber, Eppler und vielen ihresgleichen im ganzen Land zu helfen, das begonnene Reformwerk ohne Bremsen fortsetzen zu können. Da habe ich mich für das Letztere entschieden."

Grass wirkt durch Logik, seine Zuhörer honorieren das und widerlegen damit das Märchen, daß in Wahlkämpfen geholt werden müsse. Grass überzeugt aber auch durch vorbehaltloses Bekenntnis zur Sprache. Seine die Diskussionen oder das Frage- und Antwortspiel einleitenden Reden sind sprachlich geformt wie eine literarische Arbeit. Die Stimme heischt nicht nach Beifall wie bei vielen Rednern, die zu Hause vor dem Spiegel mit einer Tonbandwiedergabe ihre "Ansprachen" proben, ob sie an dieser Stelle laut reden oder zum Flüstern übergehen sollen, ob die auf das Rednerpult geknallte Faust oder eine schmeichelnde Hand die Zuhörer "packt".

Wenn man ihn fragt, ob er wisse, wie sehr er sich von "Wahlrednern" unterscheidet, sieht er etwas zögernd sein Gegenüber an, zuckt mit den Schultern und meint, bedrängt, nun doch endlich zu antworten: "Manchmal ja, manchmal nein. Ich weiß nur, daß auch Besucher von politischen Veranstaltungen einen Anspruch darauf haben, ernst genommen zu werden. Und da ich Schriftsteller bin, gehört es sich einfach, ihnen zu geben, was sie von einem Schriftsteller erwarten dürfen. Gutes Deutsch, vorläufige Gedanken und die Aufforderung zum selbständigen Weiterdenken."

Günter Grass und seine Freunde wissen, daß sie mit der "Sozialdemokratischen Wählerinitiative" einen neuen Stil in bundesrepublikanische Wahlkämpfe hineinbringen. Viele Gleichgesinnte haben sich ihm angeschlossen. Meist sind es Frauen und Männer, nicht Mitglieder der SPD, die wie Grass helfen wollen, daß bei Wahlen und auch danach über Politik gesprochen und um den besten Weg gerungen wird und daß "Verkaufen von Politik wie ein Waschmittel" endlich der Vergangenheit angehört. Sie wollen auch erreichen, daß nach der Wahl der Kontakt zwischen Bürger und Abgeordneten immer enger wird. Sie hoffen, daß es ihnen gelingt, das Bewußtsein für demokratisches Verhalten jedes Bürgers und für die Notwendigkeit der Festigung des demokratischen Staates zu wecken und dadurch die Demokratie zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen.